

f 5

DIE SPD UND DIE FRAUEN

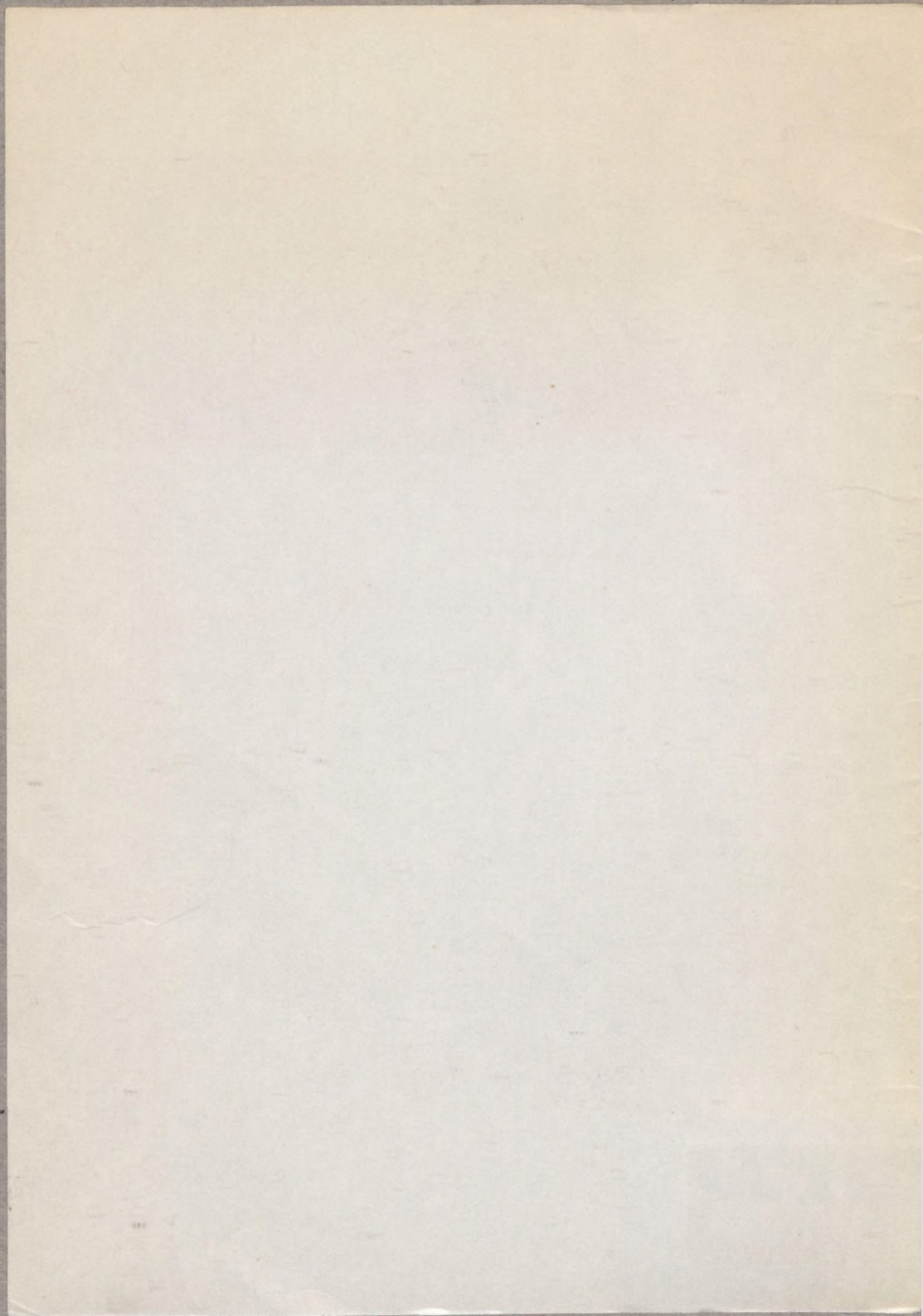
Elfriede Eilers, MdB

(Nachdruck
eines Referats,
das im Rahmen der
Regionalfrauenkonferenz
im März 1968 in Hannover
gehalten worden ist.)

Herausgeber:
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik
Heft 5

SPD
3525



f5

DIE SPD UND DIE FRAUEN

Elfriede Eilers, MdB

(Nachdruck
eines Referats,
das im Rahmen der
Regionalfrauenkonferenz
im März 1968 in Hannover
gehalten worden ist.)

Herausgeber:
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik
Heft 5

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

SPD

A 3525



DIE SPD
UND
DIE FRAUEN

Elisabeth Eilers, MdB

(weirdruck
eines Referats
das im Rahmen der
Regionalveranstaltungen
im März 1988 in Hannover
getrieben worden ist.)

Herausgeber:
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Frauenpolitik

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn
Druck: Druckhaus Schwaben GmbH, Stuttgart
7-70-A 1 - 5

2
PV 328

A 8828

»Demokratie ist kein starres System, das zeitlos dauert, Demokratie ist ein lebendiger Prozeß, den Reformen vorwärts bringen müssen, damit ihm die Zeit nicht voraus ist.« — Das ist ein Satz, der im Vorwort der sozialdemokratischen »Perspektiven« steht; er ist uns als Aufgabe gesetzt.

In dieser unserer Demokratie zu wirken, ist Auftrag für uns alle — Männer und Frauen in der SPD. Die Tatsache, daß es in unserer Partei, die mit einer mehr als hundertjährigen Geschichte von jeher die Integration aller in die Gesellschaft als ihre Aufgabe angesehen hat, die sich für gleiches Recht aller eingesetzt hat, noch nötig erscheint, die Rolle der Frau in der SPD zu diskutieren, muß uns zum Nachdenken zwingen.

Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik

Worum geht es? Laut Dr. Renate Lepsius auf dem Karlsruher Parteitag der SPD: »Es geht nicht mehr um die bloße Durchsetzung formaler Gleichheitsrechte, auch wenn auf diesem Felde noch manches zu tun bleibt. Es geht auch nicht um bloße Wahltaktik, etwa angesichts des Umstandes, daß bisher weniger Frauen als Männer unsere Partei gewählt haben. Es geht darum, daß wir auf einer Vielzahl von Gebieten den Veränderungen der Stellung der Frau in der Gesellschaft gerecht zu werden haben. Es geht darum, daß die soziale Einbeziehung der Frau in unsere Gesellschaft bestimmte konkrete Aufgaben stellt, Aufgaben, die den Rahmen einer traditionell verstandenen Frauenpolitik längst gesprengt haben. Die Wandlungen der Stellung der Frauen sind überaus charakteristisch für die Wandlung in der Struktur der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts.«

Gerade im Verhältnis der Frauen zur Politik werden bestimmte Symptome über den Zustand unserer Gesellschaft deutlich. Rund 36 Prozent unserer Arbeitsplätze in der Bundesrepublik sind von Frauen besetzt, das heißt 9,8 Millionen Frauen tragen zur Schaffung unseres Sozialproduktes und zur Erhaltung unseres sozialen Sicherungssystems bei. Kaum jemand hat diese Tatsache für unsere Volkswirtschaft in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen versucht.

Besseres Verständnis

40 Prozent dieser erwerbstätigen Frauen sind verheiratet. Sie müssen die Aufgaben als Hausfrau, Mutter und im Arbeitsprozeß miteinander in Ein-

klang bringen. Wir müssen Verständnis dafür aufbringen, daß diese Frauen oft nicht mehr in der Lage sind, gesellschaftspolitische oder staatsbürgerliche Verpflichtungen auf sich zu nehmen, obwohl gerade sie am Arbeitsplatz mit gewerkschaftlichen und politischen Problemen konfrontiert werden.

Hier kann nur durch ein besseres partnerschaftliches Verhältnis, wie es doch gerade in den ganz jungen Familien zu beobachten ist, geholfen werden.

Heute werden die Ehen oft früher geschlossen, die Kinderzahl beschränkt sich auf eins bis drei, auch der Haushalt hat Teil an den technischen Entwicklungen unserer Zeit, so daß wir neben Frauen, die Beruf mit Familie miteinander vereinbaren müssen, eine Gruppe von »Nur-Hausfrauen« haben, die sich zum Teil in ihren Positionen nicht ausgelastet fühlen. Sie suchen oft wieder Anschluß an das aktive Leben durch den Beruf, eine Teilzeitbeschäftigung oder durch Tätigkeiten in gesellschaftlichen Gruppen. Gerade sie müßten für soziale und politische Fragen ansprechbar sein.

Sechs Millionen sind allein

Wenn wir von den Frauen unserer Zeit sprechen, werden oft die sechs Millionen alleinstehenden Frauen, Witwen, geschiedene Frauen oder Frauen, die durch die Verluste in zwei Weltkriegen nicht zur Eheschließung kamen, vergessen. Sie stellen immerhin 10 Prozent unserer Gesamtbevölkerung dar. Wieviel Vereinsamung, berufliche und gesellschaftliche Benachteiligung sich hinter solchen Einzelschicksalen verbirgt, läßt sich nur erahnen. Hier müssen wir uns Gedanken machen, wie wir gerade diesen Frauen mehr Selbstbewußtsein geben und sie in unsere Aufgabe einbeziehen.

Politisch uninteressant – aber wählen

Durch den Ausfall von zwei Männergenerationen und durch die um drei bis vier Jahre längere Lebenserwartung der Frauen haben wir in der Bundesrepublik $3\frac{1}{2}$ Millionen mehr Frauen als Männer, die zur Wahlurne gehen. Zur Wahlentscheidung sind 45 Prozent Männer und 55 Prozent Frauen aufgerufen. Damit werden die Wahlen, wenn man es so vereinfacht ausdrücken will, durch die Frauen entschieden, die darüber hinaus in ihrem Wahlverhalten von dem der Männer abweichen.

Ein Drittel der Männer gibt an, an der Politik kein Interesse zu haben: 89 Prozent gehen zur Wahl. Zwei Drittel der Frauen äußern sich ähnlich: sie

wählen zu 86 Prozent, wobei die 21- bis 25jährigen die geringste, die 50- bis 60jährigen Frauen die höchste Wählerinnengruppe darstellen.

Welch ein Zwiespalt: zwei Drittel der Frauen sind politisch uninteressiert, fünf Sechstel aber gehen zur Wahl. Das heißt mit anderen Worten: Frauen halten Politik abstrakt und allgemein zwar für eine wichtige Sache, konkret stehen sie dem politischen Geschehen jedoch fern. Das Klischee der unpolitischen Frau ist also richtig und falsch zugleich. Es kommt darauf an, worauf man ihre politische Aktivität bezieht.

Eine kleine Minderheit

Diesen Bezugsrahmen gilt es aufzuschlüsseln. Aufgrund von den verfügbaren recht groben Angaben ergibt sich dann folgendes Bild: Etwa 10 bis 18 Prozent der Frauen sind stark politisch interessiert und informiert. Sie sind oder wären gegebenenfalls bereit, in politischen Organisationen aktiv mitzuarbeiten. Etwa 20 bis 25 Prozent sind durchschnittlich interessiert, beschäftigen sich auch außerhalb der Wahlen mit Politik und pflegen einen regelmäßigen politischen Gedankenaustausch mit anderen Menschen.

Diesen beiden in das politische Leben eingegliederten Gruppen steht die Mehrheit der Frauen, nämlich rund 60 bis 70 Prozent gegenüber. Sie zerfallen wiederum in etwa zwei gleich große Gruppen: die erste umfaßt die zwar schlecht informierten und wenig politisch interessierten Frauen, die aber Politik für wichtig halten und auch die Mitwirkung der Frauen an der politischen Willensbildung prinzipiell bejahen, ohne sich allerdings aufgerufen zu fühlen, darin eine eigene Rolle zu spielen. Sie haben in konkreten politischen Fragen keine eigene Meinung und folgen weithin politischen Leitbildern, die sie aus ihrer persönlichen Umwelt entnehmen. Die zweite Gruppe der Uninteressierten ist nicht nur meinungslos, sondern lehnt im Grunde eine politische Aktivität der Frauen ab. Nur sie stellt den eigentlich harten Kern der unpolitischen Frauen dar, der als solcher kaum größer ist als bei den Männern.

Soziale Struktur ist ausschlaggebend

Wenn man auf den ersten Blick auch geneigt sein sollte, diese Verhaltensweise als typisch weiblich abzutun, sollte man doch versuchen, die Hintergründe zu erhellen. Uns scheint, politische Anteilnahme ist weder unvereinbar mit dem weiblichen Wesen, noch ist sie eine Domäne männlicher Natur. Wir meinen vielmehr, daß der Grad politischer Aktivität und Anteil-

nahme konkrete Ursachen und Bedingungen in der sozialen Struktur der Gesellschaft hat.

Drei Faktoren gewinnen bei allen Untersuchungen über die politische Teilnahme der Bevölkerung größte Bedeutung:

1. der Bildungsgrad
2. die berufliche Stellung und mit ihr die wirtschaftliche Lage
3. das Ausmaß der Eingliederung des einzelnen in soziale Kreise, Gruppen, Organisationen und Verbände.

Die politisch Inaktiven und Meinungslosen finden sich nun stets überproportional unter der Gruppe mit Volksschulbildung ohne weiterführende Berufsausbildung. Die Inaktiven und Meinungslosen finden sich ferner unter den Angehörigen der gering qualifizierten Berufe mit kleinen Einkommen. Sie finden sich schließlich überproportional unter den sozial Isolierten, Vereinssamen und jenen, die keinen Organisationen irgendwelcher Art angehören.

Frauen besonders betroffen

Jetzt muß folgendes festgestellt werden:

1. Als Gruppe gehören die Frauen zu den unterprivilegierten Kreisen, die die geringste Schulbildung und geringste berufliche Ausbildung genießen.
2. Als Gruppe sind die Frauen in den unqualifizierten Berufsschichten weit massiver vertreten als die Männer. Nur 9 Prozent aller berufstätigen Frauen haben einen qualifizierten Arbeitsplatz, 46 Prozent sind kurzfristig angelernt, 45 Prozent ungelern.
3. Als Gruppe befinden sich die Frauen in einer weit stärkeren Isolierung als die Männer. Als unverheiratete ältere Frauen, als Geschiedene und Witwen sind sie weitgehend auf sich gestellt. Vielfach führen sie ein gesellschaftliches Randdasein. Und selbst der große Teil der verheirateten Frauen ist mindestens für eine längere Zeit auf den engen Bereich der Familie angewiesen und vielfach nur über den im Berufsleben stehenden Mann mit der Gesellschaft verbunden.

Wir können also das Fazit ziehen. Die sogenannte unpolitische Frau wird durch Merkmale bestimmt, die weitgehend auch auf den unpolitischen Mann

zutreffen. Freilich werden Frauen in weit größerer Zahl davon betroffen, allein durch ihre unterprivilegierte Stellung.

Integration läßt zu wünschen übrig

Hier muß in der Gesellschaft ein Umdenken stattfinden, um den im Grundgesetz manifestierten Gleichheitsgrundsatz gesellschaftliche Wirklichkeit werden zu lassen. Gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen, gleiche Bildungspläne und Ausbildungschancen müssen in Zukunft die Entwicklung unserer Mädchen bestimmen. Sie sind die Ehefrauen und Mütter von morgen, ihnen muß das Bewußtsein gleichwertiger Verantwortlichkeit gegeben werden.

Die Demokratie kann sich nicht mit Bürgern begnügen, die von dem Gefühl bestimmt werden, am kürzeren Hebel zu sitzen und ohnmächtig, ohne wirksamen politischen Einfluß zu sein. Der Zustand der Demokratie ist ja nicht nur an der Höhe der Wahlbeteiligung und an der Höhe des Votums für die demokratischen Parteien ablesbar. Beides ist ja in der Bundesrepublik durchaus positiv.

Die Problematik, die für unsere Demokratie und für ihre Parteien in der Haltung der Frauen und Männer zu unserem Staat gerade während der Großen Koalition besteht, muß uns bewußt sein. Wir können ihr nur durch die Verstärkung unserer Bemühungen und mit verbesserten Bildungschancen begegnen.

Um mehr Frauen zum bewußten politischen Engagement zu bringen, wird es nötig sein, die schon heute guten Beziehungen zur gewerkschaftlichen Frauenarbeit, aber auch zu den verschiedenen Frauenverbänden und Verbraucherverbänden zu vertiefen.

Die SPD ist aus ihrer Tradition heraus die Partei mit den meisten weiblichen Mitgliedern. Zur Zeit sind es 18,2 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Die CDU/CSU hat 13,9 Prozent weibliche Mitglieder, während die FDP keine Angaben darüber macht.

Jüngere Frauen wählen SPD

Bei den Wahlen ist festzustellen, daß gerade in den letzten Jahren die Hinwendung zur SPD auch in den weiblichen Wählerschichten wächst, besonders in den Altersgruppen der 25- bis 50jährigen.

Wahluntersuchungen aus München, Köln und Essen belegen das deutlich. Diese Hinwendung zu unserer Partei ist für viele Frauen eine erste eigenständige Entscheidung, die durch den allmählichen Abbau der weltanschaulichen Tabus gefördert wird.

Das Zahlenverhältnis der Männer zu Frauen in der Mitgliedschaft der SPD ist also 6 : 1. Wie steht es aber mit der Repräsentanz der Frauen in den politischen Funktionen? Sie entspricht in den meisten Fällen nicht diesem Verhältnis. Die »Konzessionsfrau« ist in den Vorständen allerdings weitgehend verschwunden, die Frau mit Sachverstand wird in den politischen Führungsgremien gesucht und geschätzt. Leider tritt sie aber gerade in den ländlichen Bereichen in unserer Partei kaum in Erscheinung. Dabei wissen wir genau, daß unsere Genossinnen, wenn sie sich zu einer Aktivität entschlossen haben, sich an Einsatzfreude und Bereitschaft zur Mitarbeit nicht überbieten lassen.

Eduard Bernstein hat zum Frauenwahlrecht nach der Jahrhundertwende folgendes ausgeführt:

»Ich muß gestehen, daß ich noch freudiger den Tag begrüßen werde an dem die Frauen in die gesetzgebenden Körperschaften einziehen, als den Tag, wo sie das Recht zu wählen erhalten. Der Frau eignet sehr viel Sinn für die Realitäten des Lebens, sie erfaßt sehr rasch den Untergrund, der Fragen, die man ihr vorlegt. Sie ist arbeitsam und unermüdet, und überall, wo sie bisher in verwaltenden Körperschaften eingetreten ist, hat ihre Tätigkeit diesen zum Vorteil gereicht.«

Es hat sich nicht geändert

Die Präsenz der Frauen hat sich seit der Zeit der Weimarer verfassunggebenden Versammlung in den parlamentarischen Gremien kaum geändert. Sie schwankt zwischen 7 und 10 Prozent. Da viele Frauen auf unsicheren Listenplätzen stehen, ergibt sich immer wieder die fast makaber zu nennende Situation, daß am Ende einer Legislaturperiode mehr Frauen durch Ausscheiden von Kollegen — meist durch den Tod — im Parlament vertreten sind als bei Beginn. Im 5. Bundestag sind schon sieben Frauen über die Liste in nur 2¹/₂ Jahren nachgerückt.

Nachwuchs gesucht

In absehbarer Zeit wird ein Teil von Politikerinnen, die sich in der ersten Nachkriegszeit zur Verfügung stellten, aus der Arbeit ausscheiden. Das gilt für Gemeinde- und Länderparlamente, aber auch für den Bundestag. Diese Frauen, die nach dem Krieg politische Aufgaben übernahmen, waren zum Teil Witwen, zum Teil Ledige, zum Teil verheiratete Frauen, deren Kinder sie nicht mehr oder nicht mehr so dringend brauchten, und deren Männer aus schweren politischen Erlebnissen kommend, für die politische Arbeit ihrer Frauen Verständnis aufbrachten.

Unser Anliegen muß es sein, die Lücken, die sich durch das Ausscheiden Älterer auftun, wieder aufzufüllen. Wir sind nicht zu anmaßend in unseren Vorstellungen und erwarten nicht, daß wir entsprechend der weiblichen Wählerzahl in unserer noch von Männern geprägten Gesellschaft parlamentarisch vertreten sein müßten. Es steht aber auch nirgends geschrieben, daß die parlamentarische Vertretung der Frauen bei 7 bis 10 Prozent enden muß.

Die »Karriere« beginnt später

Hier liegt der Kern des Problems: Die meisten Frauen haben durch Heirat und Geburt der Kinder im Beruf und ihrer Karriere eine Unterbrechung zu verzeichnen. Der Mann, der mit rund 25 Jahren politisch aktiv wird, hat einen kontinuierlichen Weg vor sich, der ihn bis zu einem politischen Mandat führen kann. Bei der intelligenten und interessierten Frau kann aus oben genannten Gründen diese Aktivierung meist zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt eintreten, also erst dann, wenn die Positionen schon von gleichaltrigen oder jüngeren Männern besetzt sind. Das soll man erkennen und daraus Schlüsse ziehen, das heißt, Frauen aufgrund ihrer anders gearteten Situation auch außerhalb der politischen »Ochsentour« entsprechend ihrer Qualitäten am politischen Leben zu beteiligen.

Dabei sollte man sich auf die Realitäten einstellen und von Frauen, die zur Kandidatur anstehen, nicht mehr verlangen als von Männern. Sollen Männer nur klug und politisch versiert sein, erwartet man von Frauen im Zeitalter der Massenkommunikationsmittel, daß sie jung und zugleich reich an politischer Erfahrung, daß sie hübsch, aber auch wiederum nicht zu hübsch sind, damit sie nicht als Konkurrentinnen angesehen werden. Daß sie nicht gleiche,

sondern nach Möglichkeit bessere geistige Voraussetzungen mitbringen sollten als ein Mann, versteht sich am Rande.

Neue Wege in der Frauenarbeit

In unserer politischen Frauenarbeit nehmen die Frauengruppen einen erheblichen Raum ein. Wobei wir uns immer klar darüber gewesen sind, daß die beste Frauengruppenarbeit die ist, die sich überflüssig zu machen versteht. Das heißt, die zur vollen Integration der Frauen in die Parteiarbeit führt. Dieses Ziel konnte bis heute nicht erreicht werden und scheint auch für absehbare Zeit nicht erreichbar.

Neben der traditionellen Frauengruppenarbeit müssen wir uns neue Wege in der politischen Diskussion der Frauen überlegen. Ein Beispiel wäre der Club ohne allzu enge organisatorische Bindung, Nachbarschaftsgruppen in Neubaugebieten, wo die räumlichen Verhältnisse wenig andere Möglichkeiten der Begegnung zulassen, Gruppenarbeit und Kurse für junge Frauen, deren Kinder während der Zusammenkünfte pädagogisch betreut werden, usw.

Nur wenn es uns, Frauen und Männern in der SPD, gelingt, in die Reihen der weiblichen Wähler verstärkt einzudringen und sie für uns zu gewinnen, werden wir das Ziel, das wir uns gesetzt haben, erreichen: den demokratischen Sozialismus in Deutschland zur tragenden und gestaltenden Kraft zu machen.



Faint, illegible text at the top of the page, possibly a header or title.

Faint section header or title in the upper middle section.

First paragraph of faint, illegible text.

Second paragraph of faint, illegible text.

Third paragraph of faint, illegible text.

